



Armee der Zukunft muss haushälterisch mit Mitteln umgehen

Referat von Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Die SP fordert für die Zukunft eine Armee, die wesentlich effizienter und kleiner und daher auch kostengünstiger ist als diejenige, die Bundesrat Ueli Maurer vorschwebt. Die Vorgabe, immer grössere Teile der Armee den Kantonen für so genannte zivile Assistenzdienste in hoher Bereitschaft zur Verfügung zu halten, ist sicherheitspolitisch nicht begründbar und bläht die Armeebestände und -kosten unnötig auf. Mit einer kleineren Armee (50'000, eventualiter 80'000) müssen deutlich weniger Armeeingehörige ausgebildet und ausgerüstet werden und der logistische Aufwand geht stark zurück. Somit können die Kosten problemlos heruntergefahren und dennoch notwendige Erneuerungen getätigt und Entwicklungen gemacht werden.

Für die verkleinerte Armee reicht in Zukunft ein Armeeausgabenplafond von 3,5 Milliarden Franken vollumfänglich. Die SP Schweiz ist bereit als Kompromiss ein Armeebudget von 4,1 Milliarden zu akzeptieren, sollte der Truppenbestand nicht auf 50'000 heruntergefahren werden. Eine Erhöhung des Armeeausgabenplafonds, wie sie die bürgerliche Parlamentsmehrheit entgegen dem Vernehmlassungsentwurf zur Weiterentwicklung der Armee durchgesetzt hat, lehnen wir klar ab. Eine 5-Milliarden-Armee bringt keinen Mehrwert. Gewisse Ausrüstungslücken sind vertretbar, wie dies auch der Bundesrat selber vertritt. Zudem hat die Armee in der Vergangenheit Hunderte von Millionen in Fehlinvestitionen getätigt und die bewilligten Mittel bei weitem nicht ausgeschöpft. Bis Ende 2013 häufte das VBS bei der Armee vom Parlament bewilligte, aber nie verwendete Kreditreste von 1,1 Milliarden Franken an. Im Gegensatz zu allen anderen Departementen verfallen diese Kreditreste nicht automatisch, sondern können in den Folgejahren für andere Zwecke verwendet werden, sofern Verpflichtungskredite bestehen und die Schuldenbremse die Ausgabe zulässt. An bewilligten Verpflichtungskrediten ist dabei kein Mangel: Sie beliefen sich per Ende 2013 für die Materialbeschaffung und im Immobilienbereich auf 5,2 Milliarden Franken.

Seit 2006 hat der Bund die Ausgaben für die Landesverteidigung von 4'216 auf 4'915 Millionen massiv um 700 Millionen Franken erhöht. Gemäss Finanzplan soll dieser Posten bis 2017 um weitere fast 500 Millionen auf 5'407 Millionen klettern. Das wären dann 28% mehr als 2006. Diese Steigerungsrate ist im Vergleich zu anderen Departementen oder Bereichen des Bundes immens und angesichts der unverändert guten Sicherheitslage in keiner Weise zu rechtfertigen.

Die Schweiz gehört heute in Europa zu den Ländern mit den höchsten Militärausgaben. Dies zeigt der internationale Vergleich deutlich. Betrachtet man die Pro-Kopf-ausgaben, so lag die Schweiz 2013 europaweit auf Platz 6. Berücksichtigt man die Tatsache, dass die Schweiz eine Wehrpflichtarmee hat und diese über die Erwerbsersatzordnung mitfinanziert, so liegen wir gar auf Platz 5. Verglichen mit den Rüstungsausgaben pro 1000m² schwingen wir gar europaweit oben aus (vgl. Tabellen). Dies ist angesichts der komfortablen geographischen Lage und dem Aufwand unserer Nachbarländer viel zu viel.

Das Armeebudget muss sich auch in Zukunft am finanzpolitisch Machbaren orientieren und im Gleichgewicht der Bundesfinanzen bewegen. Zu hohe Verteidigungsausgaben verhindern Investitionen in anderen, für die Schweiz wichtigen Bereichen mit Entwicklungs- und Innovationspotenzialen, zum Beispiel Bildung, Forschung, erneuerbare Energien, aber auch für neue sicherheitspolitische Aufgaben wie Cyber-Angriffe. Denn trotz erfreulichen Abschlüssen des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren steht der Bund finanziell unter Druck. Für den Voranschlag 2015 beauftragte der Bundesrat die Departemente 700 Millionen Franken einzusparen (vgl. Medienmitteilung des Bundesrates vom 12.2.2014). Nach den Sommerferien will der Bundesrat zudem ein weiteres Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket mit einem Sparvolumen von mindestens 700 Millionen Franken für die Jahre 2016-2018 vorlegen.

Das deutliche Nein zum Gripen zeigt, dass die Bevölkerung nicht gewillt ist, riesige Militärausgaben ohne klar ausgewiesene Notwendigkeit zu tätigen. Die Bevölkerung ist nicht bereit, dass in anderen Bereichen massive Sparübungen vollzogen werden, um das Armeebudget zu finanzieren. Die 300 Millionen, welche gemäss WEA-Vorlage und Finanzplan für den Gripenfonds vorgesehen waren, sind daher per sofort zu streichen und dem Bundeshaushalt zuzuführen.